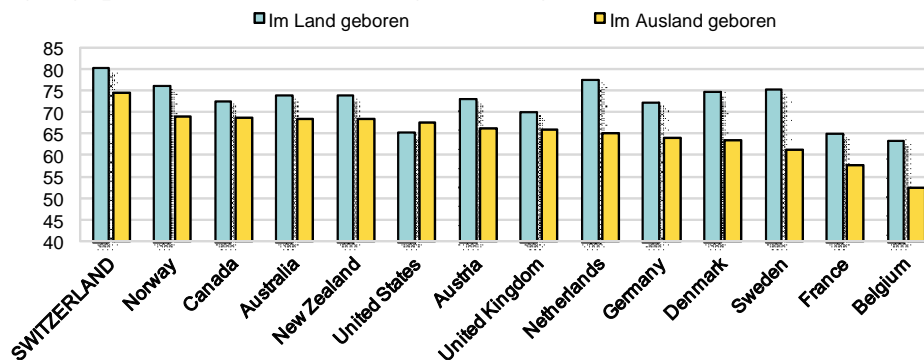


Integration von Zuwanderern in der Schweiz erfolgreich: Verbesserungsbedarf bei schwachen Gruppen

(Paris/Bern – 14. Februar 2012). Die Schweiz zeichnet sich durch eine sehr gute Arbeitsmarktintegration von Migranten aus: Drei Viertel der Zuwanderer gehen einer Erwerbstätigkeit nach – mehr als in jedem anderen OECD-Land. Dennoch haben bestimmte Migrantengruppen Schwierigkeiten. Besonders niedrigqualifizierte Frauen mit kleinen Kindern und Neuzuzügler aus humanitären Gründen laufen Gefahr, benachteiligt zu werden. Aus einer *OECD-Studie zur Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern und ihren Nachkommen in der Schweiz* geht zudem hervor, dass die Diskriminierung von Migranten noch kaum ins Bewusstsein von Arbeitgebern und Öffentlichkeit vorgedrungen ist. Die Studie wird heute gemeinsam von der OECD, dem Bundesamt für Migration und dem Staatssekretariat für Wirtschaft in Bern vorgestellt.

In der Schweiz sind 27 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zugewandert. Im OECD-Vergleich ist das ein sehr hoher Anteil. Die Beschäftigungsquote der Migranten liegt lediglich fünf Prozentpunkte unter jener der in der Schweiz geborenen Bevölkerung. Das geht hauptsächlich auf günstige Arbeitsmarktbedingungen und den spezifischen Mix der Herkunftsländer zurück: die Mehrheit der Zuwanderer stammt aus einkommensstarken OECD-Ländern.

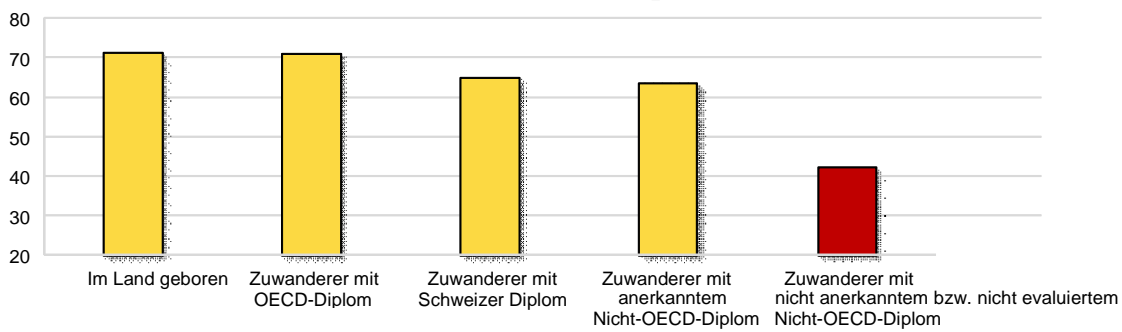
Beschäftigungsquote von 15 bis 64-Jährigen in ausgewählten OECD-Staaten, Stand 2010



Quelle: Arbeitskräfteerhebungen.

Zahlreiche Zuwanderer aus Nicht-OECD-Ländern sind für die von ihnen ausgeübte Arbeit überqualifiziert. Ein Ausbau von Mentoren- und Überbrückungsprogrammen für Menschen ohne Schweizer Abschluss könnte deren Zugang zu anspruchsvolleren Berufen verbessern. Bislang haben nur wenige Migranten ihre ausländischen Qualifikationen in der Schweiz formell anerkennen lassen. Transparentere Verfahren und eine bessere Aufklärung über die Vorteile der Anerkennung könnten diesen Schritt für Migranten reizvoller machen und ihre Chancen auf eine passende Arbeit erhöhen.

Anteil hochqualifizierter Arbeitskräfte in der Schweiz, die hochqualifizierte Berufe ausüben, nach Herkunft des Diploms, Stand 2009



Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, Bundesamt für Statistik.

Frauen aus Niedrigeinkommensländern mit kleinen Kindern gelangen kaum in den Genuss gezielter Integrationsmassnahmen, auch das Gesamtangebot aktiver Arbeitsmarktpolitikinstrumente ist ihnen nicht genügend zugänglich. Es gibt Anzeichen dafür, dass diese Frauen seit einigen Jahren weniger in Beschäftigung sind als zuvor. Auch kürzlich zugezogene humanitäre Migranten haben im Vergleich zu früher mehr Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche. Anders als viele OECD-Länder verfügte die Schweiz bisher nicht über standardisierte Integrationsprogramme für neu eingewanderte humanitäre Migranten. In jüngster Zeit wurden allerdings vermehrt Schritte in diese Richtung unternommen. Angesichts der positiven Erfahrungen anderer Staaten sollten gezielte Programme zur Arbeitsmarktintegration breiteren Einsatz finden.

Die Einbürgerung ist ein weiteres Mittel zur Integrationsförderung. Ergebnisse aus anderen OECD-Ländern belegen, dass mit der Staatsbürgerschaft häufig eine bessere Integration einhergeht. Doch die Hürden auf dem Weg zum Schweizer Pass sind erheblich höher als in anderen OECD-Ländern: Zuwanderer müssen mindestens zwölf Jahre im Land gelebt haben, bevor sie ein Einbürgerungsgesuch stellen dürfen – so lange wie nirgendwo sonst in der OECD. Auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene bestehen noch zusätzliche Anforderungen. Die geplante Revision des Bürgerrechtsgesetzes würde die wichtigsten Mängel in diesem Bereich beheben und die Mobilität der Migranten innerhalb der Schweiz verbessern.

Kinder niedrigqualifizierter Zuwanderer verharren häufig auf einem tieferen Bildungsniveau; nach der Pflichtschulzeit finden sie sich oft am Rande des Arbeitsmarktes wieder. Ein Grund dafür: frühkindliche Förderung ist in der Schweiz nicht sehr verbreitet. Für die Integration ist das Alter ab drei Jahren aber besonders kritisch. Dem Vorbild der nordischen Länder folgend, wäre eine gezielte, auch sprachliche Förderung von Migrantenkindern in dieser Zeit ein wichtiger politischer Schritt.

Auch in der Antidiskriminierungspolitik liegt die Schweiz zurück. Studien weisen darauf hin, dass Menschen mit Migrationshintergrund bei vergleichbarer Qualifikation fünfmal mehr Bewerbungen schreiben müssen als Personen ohne Migrationshintergrund, um zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. Das gilt besonders für Nachkommen von Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Der institutionelle Rahmen zur Verhütung von Diskriminierung ist dringend zu verstärken. Arbeitgeber und Öffentlichkeit müssen zudem stärker für das Thema sensibilisiert werden.

Durch die föderalistischen Strukturen der Schweiz ist die Integrationspolitik von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde sehr verschieden. Die vergangenen zehn Jahre haben hier zwar beachtliche Fortschritte gebracht, eine stärkere landesweite Koordination könnte die Wirksamkeit der Integrationsbemühungen aber dennoch verbessern.

Kontakt:

Thomas Liebig

Abteilung für Internationale Migration; Direktorat für Beschäftigung, Arbeit und Soziales, OECD

Tel. +33 1 45 24 90 68

Email: Thomas.Liebig@oecd.org